

Landschaftsverband Rheinland stellt Leistungsübersicht für das Haushaltsjahr 2007 vor

Arbeitgeber Kostenträger Dienstleister



Der LVR im und für das Rheinland – Dienstleister für Menschen mit Behinderung und Kulturförderer

Fotos: Christophe Göller / Ludger Sträter

Rheinland.- Der LVR spielt eine wichtige Rolle im ganzen Rheinland. Dabei tritt er in verschiedenen Rollen auf: Als Arbeitgeber mit 15.000 Beschäftigten in über 70 Dienststellen und der zentralen Verwaltung in Köln, als Kostenträger für soziale Unterstützungsleistungen und als Dienstleister für Menschen mit Behinderung.

Belegt wird diese Relevanz durch die Leistungsübersicht für das Haushaltsjahr 2007, die der LVR nun in Köln veröffentlicht hat. Sie gibt überdies Aufschluss über die Mittel, die der LVR nach Zahlung der Umlage in die Mitgliedskörperschaften rückinvestiert. Der Löwenanteil der Ausgaben des LVR in den 27 Städten und Landkreisen des Rheinlandes kommt den Menschen mit Behinderung zugute: Je nach Mitgliedskörperschaft wurden zwischen 70 und 80 Prozent der Mittel



aufgewendet für die Sozialhilfeleistungen für Menschen mit Behinderung, für die LVR-Förderschulen, die Kriegsopferfürsorge und für die Hilfe für schwerbehinderte Menschen im Beruf. Mit insgesamt über drei Millionen Euro förderte der LVR 2007 die Kulturpflege. chr / she

	Umlage in Millionen Euro	2007 flossen zurück in Millionen Euro
Kreis Aachen	50,7	73
Kreis Düren	44,4	71
Kreis Euskirchen	30,9	48
Kreis Heinsberg	41	65
Kreis Kleve	50,6	97
Kreis Mettmann	99	125
Kreis Viersen	49	80
Kreis Wesel	78	117
Oberbergischer Kreis	48	68
Rhein-Erft-Kreis	78	102
Rheinisch-Bergischer Kreis	45,6	66
Rhein-Kreis Neuss	77	109
Rhein-Sieg Kreis	93,8	125
Aachen	47,6	77
Bonn	85,5	90
Düsseldorf	166,7	172
Duisburg	105	145
Essen	123	177,7
Köln	221,7	304
Krefeld	43,6	68
Mönchengladbach	49,8	76
Mülheim	29,5	46
Oberhausen	39,7	57
Remscheid	20,1	36
Solingen	28,5	43
Wuppertal	70,2	111
Leverkusen	28,7	41

Landschaftsverbände behalten die Zuständigkeit für Wohnhilfen

Laumann: „Sie haben einen guten Job gemacht!“

Köln.- Die beiden Landschaftsverbände LVR und LWL bleiben zuständig für alle Wohnhilfen für Menschen mit Behinderung – für die Heimbetreuung wie für die ambulante Unterstützung.

Auf einer Fachtagung zum Selbstständigen Wohnen von Menschen mit Behinderung in Düsseldorf verkündete NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann die Entscheidung der Landesregierung, die Gesamtzuständigkeit für alle Wohnhilfen für Menschen mit Behinderung für weitere fünf Jahre bei den Landschaftsverbänden zu verankern. „Man kann die anstehenden Aufgaben nur auf überörtlicher Ebene lösen. Die Landschaftsverbände sind dafür die richtige Stelle. Sie haben in der Eingliederungshilfe einen guten Job gemacht“, so der Minister. LVR-Direktor Harry K. Voigtsberger und sein LWL-Kollege Dr.

Wolfgang Kirsch begrüßten diese Entscheidung in einer gemeinsamen Erklärung und freuten sich über die in den vergangenen fünf Jahren erreichten Erfolge. So konnte die Zahl der Menschen mit Behinderung, die in den eigenen vier Wänden leben, landesweit fast verdoppelt werden, von 15.300 auf 26.400. Seit Mitte 2007 ist zudem erstmals die Zahl der Heimbewohner rückläufig – das findet bundesweit Beachtung. Das Fazit der beiden Landesdirektoren: „Die Anstrengungen gemeinsam mit den Städten und Kreisen zeigen Wirkung und belegen die Leistungsfähigkeit der Landschaftsverbände“. Zur Zeit leben noch 42.900 Menschen mit Behinderung in Wohnheimen. Sie sind wegen ihrer meist geistigen oder mehrfachen Behinderung in der Regel dauerhaft auf fremde Hilfe angewiesen. Für viele von ihnen

könnte jedoch mit entsprechender Vorbereitung und Unterstützung das selbständige Leben in der eigenen Wohnung Realität werden. Konzepte zur Weiterentwicklung der ambulanten Angebotsstrukturen auch für Personengruppen mit hohem oder komplexen Unterstützungsbedarf werden zur Zeit erarbeitet. LVR-Direktor Harry K. Voigtsberger betonte die Bedeutung der guten Zusammenarbeit mit der Freien Wohlfahrtspflege. Dass diese Zusammenarbeit fortgesetzt werden soll bei den notwendigen weiteren Schritten zum Umbau der Unterstützungslandschaft für Menschen mit Behinderung bekräftigten die Direktoren von LVR und LWL sowie der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NW, Wolfgang Altenbernd, Mitte Oktober mit der Unterzeichnung einer Rahmzielvereinbarung. Hier



legten sie Ziele und Schritte fest, die die Selbstbestimmung der Betroffenen stärken und Hilfen individueller machen sollen.

mk

Die Zahl der Menschen, die in den eigenen vier Wänden statt im Heim leben, hat sich innerhalb von fünf Jahren verdoppelt.

Ambulant Betreutes Wohnen – Landesregierung würdigt Kompetenz des LVR

■ Das ist ein großer Erfolg für die Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen. Der Beschluss der nordrhein-westfälischen Landesregierung, die Zuständigkeit für das Ambulant Betreute Wohnen auch weiterhin in die kompetenten Hände des LVR zu legen, ist eine Bestätigung und Anerkennung für die bisher in diesem Prozess geleistete hervorragende Arbeit. Dass NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) und NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) und das gesamte Landeskabinett schon

nach fünf Jahren das ursprünglich auf sieben Jahre angelegte Modellprojekt Ambulant Betreutes Wohnen als Erfolg bewerten, spricht ebenfalls für die Arbeit der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe. Mit der Entscheidung der nordrhein-westfälischen Landesregierung wird die Qualität für Menschen im Bereich des Ambulant Betreuten Wohnens fortgesetzt.

2003 hatte Nordrhein-Westfalen den Landschaftsverbänden die Kompetenz für die Betreuung

der Menschen mit Behinderungen in ambulanten Wohnformen oder in Heimen übertragen. Die Zuständigkeit war zunächst als Modellprojekt für sieben Jahre vorgesehen. Doch schon heute stellt NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) unmissverständlich fest: „Heute haben Menschen mit Behinderung flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen die Wahl, ob sie in einer stationären Einrichtung oder in den eigenen vier Wänden wohnen möchten. Dieser Prozess muss im Sinne der betroffenen Menschen

fortgeführt werden“ (Quelle: Pressestelle der Staatskanzlei NRW, www.presseservice.nrw.de, vom 24. September 2008). Gleichzeitig anerkennt der CDU-Sozialminister, dass es den Landschaftsverbänden gelungen ist, durch die Entwicklung neuer Instrumente die Kostensteigerungen in der Behindertenhilfe zu bremsen. Laumann (Quelle siehe oben): „So werden zurzeit schon Mehrausgaben von 40 bis 50 Millionen Euro pro Jahr für die Kommunen eingespart.“

Die CDU-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland hat sich stets für die Zuständigkeit des Ambulant Betreuten Wohnens bei den Landschaftsverbänden eingesetzt. Dahinter stand und steht zum einen die Überzeugung, dass der LVR diese Aufgabe am besten wahrnehmen kann. Dahinter stand und steht aber auch die



Für die CDU
Frank Boss

Erkenntnis, dass der LVR als moderner Dienstleister der rheinischen Städte und Kreise diese Aufgabe auch am kostengünstigsten wahrnehmen kann. Auch diese Erkenntnis hat sich jetzt bestätigt. Deshalb freut uns auch das Lob der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Denn der LVR ist Mitglied der kommunalen Familie. Das ist seine Stärke – heute und in der Zukunft.

Erfolg des betreuten Wohnens bleibt Ansporn



Für die SPD
Cornelia Schmerbach

■ Qualität für Menschen – das bedeutet für die Fraktionen von SPD, Grünen und FDP in der Landschaftsversammlung Rheinland, behinderten Menschen ein möglichst autonomes, würdiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen!

Die Städte und Kreise im Rheinland finanzieren durch ihre Umlage den Landschaftsverband. Qualität für Menschen bedeutet daher auch, die wirtschaftlichste Lösung im Hinblick auf die Entwicklung der Kosten für die uns anvertrauten Menschen zu finden, um so die Aufwendungen nachhaltig zu senken und dabei darauf zu achten, dass sich die Lebensverhältnisse für die Betroffenen auch noch verbessern. Nicht möglich? Die Landschaftsverbände haben nach der zunächst befristeten Übernahme der Aufgaben des betreuten Wohnens bewiesen, dass eine solche Win-win-Situation möglich ist!

Durch die zunächst befristete Übertragung der Zuständigkeit der Landschaftsverbände auch für das ambulant betreute Wohnen für behinderte Menschen mussten im Rheinland erstmalig – und bundesweit einmalig! – weniger Personen stationär in Heimen untergebracht werden, obwohl die Fallzahlen insgesamt drastisch gestiegen sind. Das liefert den Beweis dafür, dass nur überregional dem Bedarf nach ambulanten Angeboten flächendeckend nachgekommen werden kann. Denn nur auf dieser Ebene können – wie geschehen – verbindliche Vereinbarungen zwischen Wohlfahrtspflege und Kostenträgern für die gesamte Region getroffen werden, können Hilfeplanverfahren gezielt und gesteuert durchgeführt werden, kann kompetent und die Region überblickend für ein flächendeckendes Angebot von Hilfestellungen beim möglichst selbständigen Leben und Wohnen gesorgt werden.

Die Verbesserung der Situation für die Betroffenen und die positive finanzielle Entwicklung haben die Landschaftsverbände schon lange vor 2003 prognostiziert. Nur die Versorgung aus einer Hand kann gewährleisten, dass Standards einheitlich für die gesamte Region gesetzt und eingehalten werden. Nur im Überblick kann über die Grenzen von Städten und Kreisen hinweg ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Netz an Angeboten gesponnen werden. Nur überregional kann gewährleistet

werden, dass stationäre Plätze gezielt und dem jeweiligen Bedarf angepasst kontinuierlich abgebaut werden.

Viel hat der LVR hier erreicht. Hierzu gehört, dass wir jetzt eine unbürokratische Unterstützung abends und an Wochenenden möglich gemacht haben. Bald kommt ein Krisendienst hinzu, damit die Menschen im betreuten Wohnen immer mehr Verlässlichkeit und Sicherheit erhalten.



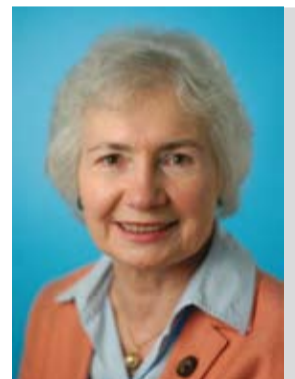
Für DIE GRÜNEN
Martin Kresse

Auf Initiative der Gestaltungsmehrheit aus SPD, Grünen und FDP sind Anreizprogramme für die Träger stationärer Einrichtungen aufgelegt worden, aber auch für die Menschen mit Behinderung selbst sowie ihre Angehörigen. So soll den Einrichtungen die Existenzangst genommen werden und ein wirtschaftliches Umsteuern auf ambulante Unterstützungsangebote erleichtert werden. Ein bedeutsamer Meilenstein war

die Vereinbarung der beiden Landschaftsverbände mit den Wohlfahrtsverbänden zur Reduzierung der Zahl stationärer Plätze. Der LVR, der auch selbst stationäre Angebote verantwortet, hat hier für seine eigenen Einrichtungen vorbildliche Ziele definiert. Die Erfolgsgeschichte des betreuten Wohnens wird stetig fortgeschrieben!

Aber eins ist auch klar: Es besteht weiterer Optimierungsbedarf. Die Verfahren und Hilfen vor Ort müssen noch besser abgestimmt werden, die örtlichen Träger noch wirksamer eingebunden und beteiligt werden. Eine Herausforderung, der wir uns in unserem Bemühen um Optimierung der Lebensverhältnisse für behinderte Menschen gerne stellen!

Gleichwohl kann schon jetzt von einem Riesenerfolg gesprochen werden. Die Zahl von behinderten Menschen, die in eigenen vier Wänden leben, hat sich seit der Übertragung der Aufgabe auf die Landschaftsverbände nahezu verdoppelt. Bereiche, in denen ambulant betreutes Wohnen bis zum damaligen Zeitpunkt faktisch nicht stattgefunden hat, gibt es nicht mehr. Stattdessen sind verlässliche Strukturen landesweit aufgebaut worden und befinden sich weiterhin im Aufbau. Durch den Aufbau dieser neuen Strukturen werden landesweit jetzt schon bis zu 50 Mio. € an Mehrausgaben für die Kommunen eingespart – ein Ergebnis,



Für die FDP
Brigitte Mangen

das sich zweifelsfrei sehen lassen kann und die Gestaltungsmehrheit in der Landschaftsversammlung bestärkt, auch zukünftig konstruktiv Ideen zu entwickeln und Anreize zu schaffen, die die Situation auch weiterhin verbessern werden.

Kein Wunder also, dass jetzt auch andere Bundesländer dem Erfolg der Arbeit der Landschaftsverbände nacheifern und ebenfalls eine Übertragung auf die überörtliche Ebene anstreben bzw. fortführen wollen. Folgerichtig hat Minister Laumann die Beibehaltung dieser Aufgabe bei den Landschaftsverbänden durchgesetzt, zum Wohle der Menschen, denen die Möglichkeit eines frei bestimmten, eigenständigen und eigenverantwortlichen Lebens ermöglicht wird! Es ist erfreulich, dass sich die Landesregierung so zur Unverzichtbarkeit dieser überregionalen kommunalen Arbeit bekannt hat. Das ist Qualität für Menschen!

Landschaftsverband zu Gast bei Bundeskanzlerin Merkel

Das Rheinland an der Spree

Berlin. - Gleich zwei Mal hat sich der Landschaftsverband Rheinland in den vergangenen Wochen in Berlin präsentiert. Auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte der LVR seinen „Tag der Begegnung“ anlässlich des Tag der offenen Tür im Bundeskanzlerpark vor. Die Bundeskanzlerin hatte in diesem Jahr die Schirmherrschaft über das größte Integrationsfest Deutschlands für Menschen mit und ohne Behinderung, das der LVR jährlich im LVR-Archäologischen Park Xanten veranstaltet, übernommen.



Foto: Christophe Göller

Im Bundeskanzlerpark repräsentierten Dr. Jürgen Wilhelm, Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland, und LVR-Direktor Harry K. Voigtsberger den Landschaftsverband. Auf der Bühne hatten sie die Gelegenheit,

Kanzlerin Merkel einzuladen, am nächsten Tag der Begegnung teilzunehmen. Eine weitere prominente Delegation aus dem Rheinland – allerdings in Form von Wachsfiguren – reiste in die Hauptstadt. In der „Vertretung des Landes NRW beim Bund“ ist der LVR mit Szenen seiner Ausstellung „Wir Rheinländer“ vertreten. Die Wachsfiguren, denen prominente Rheinländer wie etwa NRW-Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers oder Kabarettist Jürgen Becker ihr Gesicht gegeben haben, sind in Szenen aus 200 Jahren rheinischer Geschichte zu sehen. Die Ausstellung in Berlin bildet den Auftakt zu der neuen Reihe „Zoom NRW“, in der in regelmäßigen Abständen kulturelle Highlights und Besonderheiten aus Nordrhein-Westfalen vorgestellt werden.

dal

Foto: LVR



Foto: Ludger Ströter

LVR-Direktor Harry K. Voigtsberger:

„Wo LVR drin ist, soll LVR drauf stehen“

Köln.- Damit die Einrichtungen und Angebote des LVR besser für die Öffentlichkeit erkennbar sind, tragen sie ab sofort das Kürzel „LVR“ als Vorsilbe im Namen.

So wird aus dem Rheinischen Freilichtmuseum Kommern das LVR-Freilichtmuseum Kommern, aus der Rheinischen Klinik Bedburg-Hau die LVR-Klinik Bedburg-Hau. Die unterschiedlichen Dienstleistungen, die der kommunale Regionalverband LVR als Träger von sechs Museen, zehn Kliniken, 42 Förderschulen und als Kostenträger für Leistungen

für Menschen mit Behinderung für rund 9,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger im Rheinland erbringt, sollen auf diese Weise besser sichtbar werden. „Wir wollen in der Außendarstellung ein einheitliches Bild des LVR vermitteln und auch die Zuordnung unserer zahlreichen, bisher sehr uneinheitlich benannten Einrichtungen ermöglichen“, erklärte LVR-Direktor Harry K. Voigtsberger: „Wo LVR drin ist, soll künftig auch LVR drauf stehen.“ Er sieht die Einführung der Dachmarke „LVR“ auch als Aussage mit Qualitätsanspruch.

mk

PRÄMIE: Damit Arbeit nicht krank macht

Köln. - Der LVR hat den Rheinisch-Bergischen-Kreis für sein vorbildliches Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) ausgezeichnet.

Diese Prämie vergibt der LVR seit 2006 an Unternehmen, die BEM beispielhaft umsetzen. Ziele von BEM sind die Überwindung der Arbeitsunfähigkeit der Arbeitnehmer eines Betriebes, die Vorbeugung erneuter Arbeitsunfähigkeit und die Er-

haltung des Arbeitsplatzes des betroffenen Beschäftigten.

„Wir freuen uns, den Rheinisch-Bergischen-Kreis auszeichnen zu können“, so LVR-Direktor Harry K. Voigtsberger. „Als größter Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen liegt es uns besonders am Herzen, BEM-Maßnahmen zu fördern. Denn häufig führt eine Langzeiterkrankung zu einer Behinderung, bei der wir finan-

ziell unterstützend tätig werden müssen.“

Ist ein Mitarbeiter länger als sechs Wochen im Jahr krank, tritt der BEM-Koordinator mit ihm in Kontakt. Gemeinsam wird nach Ursachen für die Erkrankung und möglichen Lösungen gesucht. Seit einer Gesetzesänderung im Jahr 2004 sind Arbeitgeber zur Einführung des BEM verpflichtet.

dal

Tausendundeine Nacht in Köln



Köln.- In Köln leben knapp 80.000 türkischstämmige Kölnerinnen und Kölner. Auch wenn mehr als die Hälfte von ihnen in der zweiten und dritten Generation hier leben, pflegen sie weiterhin die Traditionen ihrer Heimat, auch im Rheinland.

Volkskundler des LVR das junge türkische Paar Sükran und Ersin Erkan aus Köln bei ihren Hochzeitsvorbereitungen begleitet. Das Ergebnis ist eine unterhaltsame Dokumentation, beginnend bei der Brautwerbung über den Henna-Abend bis hin zur Hochzeitsfeier.

Eine besonders wichtige Tradition ist die Hochzeit. An der konkreten Gestaltung solcher Feste und den Bedeutungen, die sie für die Menschen haben, zeigt sich so etwas Abstraktes wie die kulturelle Identität. Ein Jahr lang haben die Volkskundlerinnen und

Mit dem Film „Wenn die Tränen fließen...“ zeigen die Volkskundler nicht nur, wie türkische Traditionen im Rheinland gelebt werden, sondern auch, wie verschiedene Bräuche aus unterschiedlichen Regionen der Türkei in Deutschland zu einer ganz neuen Kultur zusammen wachsen.

So haben sich Sükran, deren Familie aus Anatolien stammt, und Ersin, dessen Verwandte noch heute in Istanbul leben, für eine ganz eigene Mischung verschiedener Bräuche und Traditionen bei ihrem Hochzeitsfest entschieden.

dal

► Info:
www.rheinische-landeskunde.lvr.de

Studie untersucht Gegenstrategien

Missbrauch in den neuen Medien

Köln.- Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche hat mit „Internet, Handy und Co.“ einen größeren Verbreitungsraum gefunden als jemals zuvor. Grund genug für das Landesjugendamt des LVR sich der Thematik anzunehmen.

Unter dem Titel „Präventionslandschaft Rheinland im Bereich der sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Internet“ hat es nun erhoben, welche Präventionsprojekte in diesem Bereich bereits existieren und wo noch Bedarfe bestehen. Ziel des Landesjugendamtes ist es, ein rheinlandweites Präventionsnetzwerk aufzubauen, um koordiniert gegen sexuelle Gewalttaten an Kindern und Jugendlichen im virtuellen Raum vorzugehen: „Nur wenn Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen, Polizei und Beratungsstellen zusammen arbeiten ist es möglich, Kinder und Jugendliche nachhaltig vor Übergriffen im Internet zu schützen“, so Michael Mertens, LVR-Jugenddezernent. Um bereits bestehende Projekte zu erfassen, wurden zunächst die Jugendämter im Rheinland befragt. Als Ergebnis wurden einerseits festgestellt, dass bereits ein sehr breit gefächertes

Angebot besteht: Theaterpädagogische Projekte, etwa vom Verein „Zartbitter“, Broschüren, europaweite Initiativen, wie das unter Beteiligung der Landesanstalt für Medien NRW durchgeführte Projekt „klicksafe.de“. Hintergrund der Untersuchung sind Studien, die belegen, dass jede zweite Chatterin im Alter zwischen zehn und 19 Jahren bereits gegen ihren Willen nach sexuellen Dingen gefragt wurde. Bei den Jungen ist es jeder Vierte. Zudem wurde jedes zehnte Mädchen aufgefordert, vor der Webcam sexuelle Handlungen an sich selber vorzunehmen. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen. Folgen können negative Auswirkungen auf die Vermittlung sexueller Werte und Normen sein. Einen Punkt hebt die Studie besonders hervor: „Es ist nicht so, dass nun alle Kinder und Jugendliche durch das Internet gleichermaßen gefährdet sind.“ Vielmehr sei es so, „dass auch im Internet eher die Mädchen und Jungen gefährdet sind, die auch außerhalb des World Wide Web eher zu Opfern werden“.

chr

► Info:
www.lvr.de/Jugend/
Fachthemen/Querschnittsthemen/Praevention.htm

Ausstellungen

LVR-Industriemuseum

Schauplatz Solingen

•Brigitte Kraemer:
Menschenbilder
bis 31. Januar 2009

Schauplatz Ratingen

•Packen – Wühlen – Tragen
Die Tasche – Vom Transport-
mittel zum Fetischobjekt
bis 22. Februar 2009

Schauplatz Euskirchen

•Im Zauber der Nacht –
Abendkleider aus zwei Jahr-
hunderten bis 26. Juli 2009

Schauplatz Bergisch Gladbach

•Kölner Dom, Ritterburgen und
Titanic – die ganze Welt aus
Karton bis 26. April 2009

LVR-LandesMuseum Bonn

•Die Langobarden
Das Ende der Völkerwanderung
bis 11. Januar 2009
•Liselotte Strelow – Retro-
spektive zum 100. Geburtstag
bis 4. Januar 2009

**Max-Ernst-Museum Brühl
des LVR**

•Geheimnisvolle Landschaften.
Werke von Max Ernst
aus der Fondation des Treilles
bis 25. Januar 2009

**LVR-Freilichtmuseum
Kommern**

•Von der Volksschule zum
Schulzentrum – Schule seit
der Nachkriegszeit
bis 31. Dezember 2008
•... und raus bist Du!
Hexen und Ausgegrenzte
bis 31. Dezember 2008

LVR-Landeshaus Köln

•Henry Maitek – Amerika 1967
Fotoausstellung
bis 12. Dezember 2008

Sitzungstermine

November

27. November 2008, 9.30 Uhr
Landesjugendhilfeausschuss
28. November 2008, 10 Uhr
Betriebsausschuss Jugendhilfe

Dezember

8. Dezember 2008, 9.30 Uhr
Ausschuss für Personal und
allgemeine Verwaltung
11. Dezember 2008, 10.15 Uhr
Landschaftsausschuss
12. Dezember 2008, 10 Uhr
Landschaftsversammlung

Impressum

Landschaftsverband Rheinland (LVR)
LVR-Fachbereich Kommunikation,
50663 Köln, Landeshaus, Kennedy-Ufer 2
Tel.: +49 (0) 221 / 8 09 27 81
Fax: +49 (0) 221 / 8 09 28 89
E-Mail: presse@lvr.de

Redaktion:

Ludger Ströter (**chef vom Dienst**)
Dr. Brigitte Beyer-Rotthoff (**bbr**)
Christophe Göller (**chr**)
Martina Krause (**mk**)
Daniela Lukaßen (**dal**)
Birgit Ströter (verantwortlich) (**BS**)
Simone Hengels (**she**)
Sabine Wotzlaw (**saw**)

Layout und Produktion:

Angelika Hinder
Druckerei des LVR

Druck:

Moeker Merkur, Druck und Medien, Köln

Nachdruck kostenlos. Die Beiträge der
Fraktionen liegen in der Verantwortung
der jeweiligen Autoren.

Partnerschaft, Liebe und Sexualität von Menschen mit Behinderung

„Selbstbestimmt leben – selbstbestimmt lieben!“

Köln.- Rund 400 Menschen mit und ohne Behinderung kamen ins Kölner Horion-Haus des LVR, um sich über das Thema „Behinderung und Sexualität“ zu informieren und auszutauschen.

„Leben und lieben muss auch für Menschen mit Behinderung zur Selbstverständlichkeit werden“, sagte Dorothee Daun, die Vorsitzende des LVR-Sozialausschusses. „Ziel ist es, verschiedene Positionen zu beleuchten und Lösungen zu finden, die den Weg selbstbestimmter Partnerschaft und Sexualität von Menschen mit Behinderungen erleichtern helfen“. Durch Fallbeispiele gaben zehn Referentinnen und Referenten Einblicke in die unterschiedlichen Facetten des Themas und regten damit zur Diskussion an. In seinem Vortrag „Partnerschaft und Sexualität-selbstbestimmt leben mit geistiger Behinderung?!“ machte etwa der Diplom-Pädagoge Ralph Specht vom Institut für Sexualpädagogik in Dortmund deutlich:

„Die Sexualität von Menschen mit geistiger Behinderung ist nicht besonders triebhaft, nicht besonders lieb, und doch besonders.“ Dass das Thema Sexualität und Behinderung in den vergangenen Jahren in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt ist, zeigte die Vielzahl verschiedener Praxisbeispiele.

So wurde etwa die „Schatzkiste“, eine Partnervermittlung für Menschen mit geistiger Behinderung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, einsame Herzen zusammenzubringen, vorgestellt. Mit der Resonanz der Veranstaltung zeigte sich LVR-Sozialdezernentin

Martina Hoffmann-Badache sehr zufrieden. „Wir hoffen, mit unserer Veranstaltung dazu beizutragen, dass das Thema Sexualität von Menschen mit Behinderung in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erlangt. Denn noch immer wird das Thema tabuisiert.“ **saw**



Foto: Ludger Ströter

LVR macht sich stark für U-Haft-Vermeidungsprogramme für Jugendliche

Hilfen statt Haft

Köln.- In Düsseldorf hat der erste Nordrhein-Westfälische Jugendgerichtstag stattgefunden. In der Heinrich-Heine-Universität diskutierten Fachleute aus Praxis, Wissenschaft und Politik aktuelle Fragen und Bewegungen des Jugendkriminalrechts. Die Fachtagung fand in Kooperation mit den Landschaftsverbänden Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) statt.

Der LVR-Jugenddezernent Michael Mertens sprach zur Eröffnung für den LVR und LWL. Zentraler Aspekt der Fachtagung war die Frage „Hilfe oder Härte“ – Was führt zur Resozialisierung junger Straftäterinnen und -täter? Michael Mertens informierte, dass in NRW die zuständigen Ministerien und die Landschaftsverbände aktuell über vermehrte Alternativangebote zur U-Haft für Jugendliche berieten: „Ziel ist eine Kooperationsvereinbarung, um Richter und Staatsanwälte zu motivieren, die gesetzlichen Möglichkeiten der Alternativen zur U-Haftvermeidung verstärkt zu nutzen“, so Mertens weiter. In Zukunft sollen mehr jugendliche Straftäterinnen und -täter in Jugendhilfeeinrichtungen statt in U-Haft untergebracht werden. Parallel dazu setzte sich die Aus-



Foto: Christophe Göller

Resozialisierung durch Isolation? Der originalgetreue Nachbau einer Gefängniszelle in der Ausstellung.

stellung „Menschen statt Mauern – Für ein Europa ohne Jugendgefängnisse“ im Kölner Horion-Haus kritisch mit den Fragen der Jugenddelinquenz auseinandersetzen. Im Mittelpunkt der Ausstellung stand eine acht Quadratmeter große Gefängniszelle, die ein exakter Nachbau der Zellen im Ossendorfer Gefängnis ist, in denen zur Zeit über 200 Jugendliche und junge Erwachsene untergebracht sind.

Bei der Ausstellungs-Eröffnung machte Dr. Jürgen Wilhelm, Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland, die Haltung des LVR deutlich: „Junge Menschen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, brauchen Hilfen statt Haft, oder aber Hilfen in der Haft, Hilfen zum Aufbau sozialer Kompetenzen und zum Aufbau eines gesunden Selbstwertgefühls.“ **she**

ANREIZPROGRAMM:

Gerontopsychiatrische Zentren

Köln.- Im ganzen Rheinland soll bald eine flächendeckend gerontopsychiatrische Versorgung gewährleistet sein. Dazu hat der LVR das Förderprogramm „Gerontopsychiatrische Beratung als Teil eines Gerontopsychiatrischen Zentrums“ entwickelt.

Mit dem Programm werden die Städte und Kreise zur Einrichtung von Gerontopsychiatrischen Zentren vom LVR finanziell unterstützt. Ziel ist es, ambulante und teilstationäre Leistungen der Diagnostik und Behandlung von Altersstörungen mit spezifischen Beratungsleistungen zu verknüpfen und mit anderen Einrichtungen und Diensten der medizinischen Versorgung und Altenhilfe zu vernetzen. Die Kooperation und Koordination soll in der jeweiligen Region gefördert werden, so dass nachhaltige, regional spezifische Behandlungsmöglichkeiten geschaffen werden können. Der LVR beteiligt sich bei entsprechenden Einrichtungen an den Personalkosten und an den Gemein- und Sachkosten mit je maximal 31.500 Euro. Voraussetzung ist ein kommunaler Finanzierungsanteil in mindestens gleicher Höhe. **bbr**

► Info:
+49 (0) 221 / 8 09 - 66 40
www.Michael.vanBrederode@lvr.de